

Smalle Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint wochentlich am Nachmittag, am Sonntag als Beiblatt. Die Bezugs-Gebühr beträgt im Einzel- und Einzel-Jahres durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 25.00, im Vorausbezahlen abgibt M. 24.00 monatlich. Die wichtigsten Postgenossenschaft-Zeitungen im Oktober M. 2.50, im ausserordentlichen Verfall M. 3.00. Bestellen die Illustrierte-Zeitung M. 6.00 im Oktober und M. 10.00 im ausserordentlichen Verfall. Postgenossenschaft-Zeitungen: Jahrbuch der Postgenossenschaft.

Bezugs-Gebühr: Halle a. S., Neue Promenade 11 und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Nummern: 1140 und 1142. Einzel-Verkauf: Markt 24. Einzel-Verkauf: „Gasse der Halle“, Markt-Redaktion: Markt 24. Postfach-Nummer: Leipzig 22215. Fernsprecher- und Geschäftsstellen: Halle am 20. und 21. jedes Monats zum Ende des laufenden Monats postfrei.

Noch keine Entspannung.

Eberls Rückkehr nach Berlin / Sozialistische Arbeitsgemeinschaft / Attentat in Paris
Beschränktes Vorgehen gegen den Wucher.

Die Koalitionserweiterung.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Bei allen Meinungsverschiedenheiten gibt es gegenwärtig im Deutschen Reichstag doch wenigstens eine Frage, über die von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken restlose Übereinstimmung herrscht: die Sommerferien (so bald als möglich) beginnen zu lassen. Bisher freiteten die gesetzgebenden Arbeiten verhältnismäßig schnell und reibungslos vorwärts. Das Gesetz zum Schutz der Republik ist in zweiter Lesung im Plenum durchgegangen, das Amnestiegesetz ist gleichfalls gegen die Stimmen der Rechten in zweiter Lesung angenommen, der Gehetentwurf über die Reichskriminalpolizei hat den Reichstag bereits durchlaufen und das Beamtenpflichtnaragesetz ist vom Reichsausschuß für die zweite Lesung im Plenum fertiggestellt. Bei einigem gutem Willen könnte man also in der Tat am Sonntag Abend fertig werden, zumal wenn man die Sitzungen etwas ausdehnt. Aber es ist noch fraglich, ob die Sozialdemokraten von ihrem Ziel abgehen, die Verabschiedung des Schulgesetzes mit den übrigen Gesetzen zu verknüpfen. Sie möchten das Druckmittel, das eine gleichzeitige Verabschiedung aller vier Gesetze bedeutet, nicht aus der Hand geben. Dazu kommen noch erhebliche Schwierigkeiten bei der Behandlung des Reichskriminalpolizeigesetzes, die nicht schnell behoben werden können, wenn das Gesetz noch vor den Ferien verabschiedet werden soll. Man erwägt deshalb seine Überweisung an einen Ausschuß und damit Sinauschiebung dieser Materie auf den Herbst.

Aber die stärkste Verzögerung scheint immer noch der Streit um die Koalitionserweiterung hervorzurufen. Hier ist in den letzten Stunden nur eine kleine Klärung erzielt. Das Zentrum hat nämlich mit größter Bestimmtheit erklärt, daß es auf keinen Fall eine einseitige Erweiterung der Koalition und der Reichsregierung nach links hinnehmen wird; auch dann nicht, wenn sie auf indirektem Wege, d. h. also durch eine einseitige Aktion des Reichsanwalts durch Ernennung unabhängiger Minister herbeigeführt werden sollte. Diese bestimmte Abkündigung ist um so beachtlicher, als die Zentrumsfraktion sonst ihre Karten erst im allerletzten Augenblick aufzuspielen pflegt. Man wird kaum annehmen können, daß der Reichsanwalt einer beizüglichen Erklärung seiner eigenen Partei gegenüber nur noch verweilen sollte, die Kritik von sich aus einseitig zu lösen. Es ist vielmehr zu vermuten, daß vor Abgabe der Erklärung Herr Reich an sein Zentrum nicht mit sich mit ihr zu erlernen gegeben hat. Da auch die Demokratische Reichstagsfraktion einmütig gegen eine einseitige Erweiterung der Regierung nach links hin Stellung genommen hat, so bleibt für den Augenblick nur das eine Entweder oder: Verzicht auf augenblickliche Aenderung der Koalition oder Reichsausschließung. Die unabsehbaren Folgen einer Reichstagsauflösung sind in den letzten Tagen so oft und von allen Seiten geläufigt worden, daß man jetzt kein Wort mehr über sie zu verlieren braucht. Es bleibt also dann nur das unändere Fortbestehen der bisherigen Koalition und die Vertagung der Erweiterung auf spätere günstige Zeiten übrig.

Natürlich würde das einen Verzicht der Sozialdemokratie auf ihren dringenden Wunsch nach Einbeziehung der Unabhängigen in die Reichsregierung bedeuten. Doch ist das sehr schwer fällt, ist begrifflich. Sehr ärgerlich hält deshalb der „Vorwärts“ dem Zentrum und den Demokraten folgende Fragen vor: „Was erwartet man von einem Ausschreiben der Sozialdemokratie aus der Regierung in diesem Augenblick? Festigung der Republik? Stärkung des Staatsgedankens in der Arbeitermassen? Verbesserung unserer Lage dem Ausland gegenüber? Steigen der Markt? Beruhigung des Wirtschaftslebens?“ Das sind sehr gewichtige und zur Stunde sehr berechtigte Fragen. Nur sollte sie der „Vorwärts“ nicht an die Adresse des Zentrum und Demokraten, sondern an die Adresse der eigenen sozialdemokratischen Fraktion richten. Sie ist es doch, die mit ihrem einseitigen Drängen erst den Konflikt heraufbeschworen und die hier aufgeworfenen Fragen verschuldet hat. Der „Vorwärts“ vertritt, daß diejenigen, die das Angebot beider sozialdemokratischer Parteien zu gemeinsamem politischem Schaffen mit den bürgerlichen Parteien zu gemeinsamem politischem Schaffen mit den bürgerlichen Koalitionsparteien zur Beschaffung der Republik zurückwiesen, die Verantwortung für alles, was daraus entstehen könne, niemals von sich abzuwälzen imstande wären. Über genau daselbe

könnten die bürgerlichen Koalitionsparteien der Sozialdemokratie gegenüber sagen, denn sie weigert sich ja ebenfalls, die gemeinsame Arbeit der Koalitionsparteien zum Schutz der Republik mit der Deutschen Volkspartei anzunehmen. Die Koalitionsparteien sind durchaus bereit, nach links und rechts gleichzeitig die Regierung zu erweitern. Das ist zweifellos ein wesentlich größeres Entgegenkommen. Die Koalitionsparteien werden dabei nicht aus „linker Sozialistensucht“ zu ihrer Haltung veranlaßt, sondern aus der unüberlegbaren Notwendigkeit, daß durch einseitige Verfassung der Regierung in sozialistischem Sinne eine unmögliche Lage für die auswärtige Politik Deutschlands geschaffen wird. Wer das verschweigt, und lediglich mit Verbächtigungen arbeitet, nicht vielleicht seiner Partei, aber zweifellos nicht ihrem Volk und Vaterland.

Präsident Ebert

Ist heute Vormittag in eine Aussprache mit dem Reichsanwalt Wirth über die innere Lage eingetreten.

Arbeitsgemeinschaft S. P. D. und U. S. P.

Berlin, 14. Juli. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die Reichstagsfraktion der unabhängigen Sozialdemokratie haben am Freitag Abend nach Vorbesprechung der beiderseitigen Fraktionsvorsitzenden in getrennter Sitzung den übereinstimmenden Beschluß gefaßt, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen zusammenzuschließen. Dieser Beschluß wird im Laufe des Sonnabends der Regierung und den Reichstagsparteien offiziell mitgeteilt werden.

Die neue Völkervereiner.

Der Kanzler an die Amerikaner.

Freitag vormittag empfing der Reichskanzler in Berlin in der Reichstagshalle eine Gruppe von etwa 50 amerikanischen Studenten, die sich im Zusammenhang mit der so überaus dankenswerten in Amerika arbeitenden Europäischen Studenten-Hilfe auf einer Rundreise durch Europa befinden. In einer Ansprache behandelte der Kanzler das Reparationsproblem und führte dazu aus, daß erfreulicherweise sowohl in England als auch in Amerika immer mehr die Erkenntnis wachse, daß das Reparationsproblem ein europäisches und ein Weltproblem sei und daß diese Erkenntnis jetzt auch schon an die Worten Frankreichs knüpfe. Wirtschaftliche Fragen ließen sich nicht durch Willkür und Diktate mit dem Säbel lösen. Zum Abschluß gab der Kanzler den jungen Amerikanern auf ihren besonderen Wunsch einige Geleitsworte mit, in denen er sagte: Auch ein besiegtes Volk hat Anspruch auf Gerechtigkeit. Man kann von einem Volk nicht mehr verlangen, als in seinen Kräfte liegt. Amerika hat die Sklavensetzung erlebt; wenn man von einem Volk in Europa mehr verlangt, als es leisten kann, so ist das der Beginn einer neuen Völkervereiner.

Die Einigung im Ruhrgebiet.

Ankündigung neuer Lohnforderungen.

Essen, 14. Juli. Zu den neuen in Essen getroffenen Vereinbarungen hatte heute in Bochum die Vertrauensmännerverammlung des alten Bergarbeiterverbandes, die an Wirklichkeit größte Gewerkschaft der Bergarbeiter, Stellung zu nehmen. Die Essener Abmachungen wurden fast einstimmig angenommen, nur 15 Stimmen erklärten sich dagegen und 373 Stimmen dafür. Dem Vorstand wurde das Vertrauen ausgesprochen.

In der Enstlichung, welche die Revierkonferenz fahte, wird der Vorstand des alten Verbandes aufgeführt, von einer Einreichung der abgegebenen Kündigungsettel abzusehen, so daß es also nicht zu einem Streik im Ruhrgebiet kommen wird. Damit ist eine große Gefahr für das deutsche Wirtschaftsleben beseitigt.

In der Revierkonferenz teilte der Führer des alten Verbandes, Abgeordneter Hufemann, mit, daß die Bergarbeiter bereits neue Lohnforderungen geltend gemacht haben, die gegen Ende der nächsten Woche festgelegt werden sollen.

Heutiger Stand des Dollars 472.

Um das Weltproblem.

Eine neue Bankierkonferenz?

Der internationale Schuldenausgleich rückt als Weltproblem in der öffentlichen Erörterung der Deutschland zu gewöhnlichen Zahlungseinstellung wieder in den Vordergrund. Man erhält immer mehr den Eindruck, daß der augenblickliche Widerstand Frankreichs gegen das Memorandum doch nur den Anfang eines Fuldigungsgeistes darstellt und daß selbst Herr Poincaré am Ende nicht böse darüber sein wird, von der öffentlichen Meinung Frankreichs zu Konzeptionen gezwungen zu werden. Denn nachdrager sieht man auch in Frankreich ein, daß der Zahlungsausschluß Deutschland gegenüber werden muß, wenn Frankreich nicht selbst zu kommen müßte, wie das letzte Mal und ob die Voraussetzungen für eine Anleihe jetzt günstiger sind, als sie es im Mai waren. Eine dieser Voraussetzungen wird immer die bleiben, daß die Deutschland auferlegten Schuldverpflichtungen bedeutend herabgesetzt werden müssen. Hier aber beginnt jetzt wieder der alte Streit, daß keine der Entente-Regierungen damit den Anfang machen will. Die Beteiligten Staaten aber rufen auch heute noch keinen Finger, solange England und Frankreich nicht unter sich einig sind. Solange England nicht der Aufforderung Cecilis folgt und Frankreich seine Schulden erläßt, wenn dieses die deutsche Reparationssumme entsprechend herabsetzt, scheint eine Lösung noch in weitem Felde zu liegen. Vielleicht aber bedürfte es nur eines gewissen Entschlusses Englands, um die Vereinigten Staaten zu derselben großmütigen Handlungsweise gegenüber England zu veranlassen.

Garantiefomtee und Reparationsauschuß.

Paris, 15. Juli. Brabury und Delacroix werden am Montag in Paris eintreffen. Am gleichen Tage wird auch das Garantiefomtee von Berlin in Paris eintreffen. Von Dienstag ab wird die Reparationskommission mit dem Garantiefomtee verhandeln und dessen Bericht durcharbeiten.

Die Zulirrate bezahlt.

Der Betrag für die Reparationsleistungen ist für Juli nach Abzug der Sachleistungen in Höhe von 32 107 397 Goldmark an die Reparationskommission abgeführt worden. Seit Anfang dieses Jahres sind nunmehr, abgesehen von den Sachleistungen, insgesamt 388 158 476 Goldmark bezahlt worden.

Northcliffe im Sterben.

Berlin, 15. Juli. Aus London wird gemeldet, daß die Letzte die Hoffnung ausgegeben haben, das Leben Lord Northcliffes zu erhalten. Sein Zustand ist äußerst ernst.

Vor einer englischen Kabinettsliste.

Am Ordens- und Tischhager.

Auch in England kann es zu einer Regierungskrise kommen und zwar aus einem politisch nebensächlichen Grunde. 277 Mitglieder des Unterhauses haben die Ernennung eines Ausschusses verlangt, der die nötigen Maßnahmen gegen Ordens- und Tischhager prüfen soll, namentlich soll der Adelstitel nur solchen Personen verliehen werden, die dem Lande Dienste geleistet haben. Die Regierung hat sich der Einlegung eines solchen Ausschusses widerstehen und Lloyd George hat erklärt, daß er die Vertrauensfrage stellen werde. Wenn die Unterzeichner des Antrages von ihm nicht abgehen, kann die Lage für das Kabinett bedenklich werden.

Polnische Herbstmanöver an der deutschen Grenze.

Bromberg, 14. Juli. Die diesjährigen großen polnischen Herbstmanöver werden unter Teilnahme des Staatschefs im polnischen Gebiet in der Gegend zwischen Biala und Bentsch an stattfinden. Der Chef der französischen Militärkommission in Polen, General Dupont, wird den Manövern beiwohnen.

Mitlungener Anschlag auf Poincaré.

Auf den eben ernannten Polizeipräsidenten von Paris wurde am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, ein Attentat verübt, das erfolglos blieb. Der Täter erklärte, daß seine Schüsse dem Ministerpräsidenten Poincaré gegolten hätten. General Poincaré der der äußersten Linken in Frankreich als der Hauptschuldige am Kriege gilt, ist namentlich in der „Humanität“, seit Monaten ein außerordentlich scharfer Feindobjekt geföhrt worden. Das Attentat wird natürlich die Popularität des Präsidenten in den nationalistischen Kreisen erhöhen.

Der Angreifer heißt Gustave Bouvet. Er ist 20 Jahre alt, Zeichner in einer Automotofabrik, gehört der kommunistischen Partei an und ist mehrfach verurteilt. Er erklärte bei seiner Vernehmung, er habe geschossen, um die Aufmerksamkeit auf die Lage des Proletariats zu lenken.

Nach einer anderen Lesart hat der Anschlag Willenau gegolten.

